

# SPD



Frankfurt am Main

## Die Linke Mitte

# Kreis Freundes

Ausgabe 22

Februar 2015

### Mehr Ernst-May – Weniger Luxushäuser

**Schwarz-Grüner Magistrat: Wohn-  
nungsbau für Superreiche**



von Arne Knudt

**Lange Jahre hat der schwarz-grüne Magistrat das Thema Wohnungsnot in Frankfurt verschlafen. Erst der Weckruf der von Boris Rhein krachend verlorenen OB-Wahl schien ein Umdenken zu bewirken.**

Unser Oberbürgermeister Peter Feldmann machte das Thema Wohnen zur Chefsache und setzte es mit besonderer Priorität auf die Tagesordnung. Seitdem hechelt der grüne Planungsdezernent den guten Vorschlägen der Frankfurter SPD hinterher.

Allerdings liegen Welten zwischen den Vorstellungen der SPD und dem grün geführten Planungsdezernat bei der Frage, für wen in erster Linie die Wohnungen gebaut werden sollen. Für uns Sozialdemokraten ist dies klar: Neben der Forderung, auch vermehrt Sozialwohnungen für den kleineren Geldbeutel zu errichten, ist der Wohnungsbau für mittlere Einkommen eine Priorität. In erster Linie brauchen wir natürlich bezahlbare Mietwohnungen, aber auch erschwingliche Eigentumswohnungen machen durchaus Sinn. Für

manch eine junge Familie ist der Erwerb einer Eigentumswohnung auch ein Stück Altersvorsorge. Der schwarz-grüne Magistrat setzt in letzter Zeit aber vermehrt auf andere Wohnprojekte. Die Errichtung teurer Luxus-Wohntürme wird hier zur Mode und greift immer mehr um sich. Der grüne Planungsdezernent gefällt sich zunehmend bei der Präsentation solcher „Luxus-Schickimicki-Prestige-Projekte“.

## Inhalt

Mehr Ernst-May – Weniger Luxushäuser	Seite 1
CETA und TTIP	Seite 2
Marode Gebäude, zu wenig Plätze	Seite 3
Empfehlungen zum Jahres- parteitag	Seite 4



Aktuell letzter Punkt ist das geplante Luxus-Hochhaus an der Emser Brücke zwischen Europaviertel und dem Gallus. Hier soll ein „Porsche-Hochhaus“ entstehen. Ein Prototyp für solch ein Bauprojekt entsteht gerade in Florida (USA). In Miami kann der stolze Porschefahrer sein edles Gefährt mittels gläsernen Aufzugs mit ins Wohnzimmer nehmen.

Mit dem „Porsche Design Tower“ soll auf dem ehemaligen Gleisvorfeld des Hauptgüterbahnhofs ein Hochhaus entstehen, das „dem Begriff Luxus eine neue Dimension geben soll“, so der Porsche Design Group-Chef Jürgen Geßler. Planungsdezernent Cunitz begrüßt solchen überbeuerten Wohnungsbau

ausdrücklich und will zügig das Planungsrecht für dieses Luxusprojekt schaffen. Bei der Vorstellung, dass ein grüner Politiker mal voller Stolz ein „Porsche“-Wohn-Hochhaus im Gallus präsentiert, hätte man sich vor geraumer Zeit noch die Augen gerieben. Jetzt wundert man sich über nichts mehr.

Dabei ist dies allein im Europaviertel und im Gallus schon das vierte „Luxus-Hochhaus“. Am westlichen Eingang der Europaallee sind zwei solcher Solitäre im Bau und auch am ehemaligen Güterbahnhof, neben dem Einkaufstempel Skyline Plaza, sind solche Wohnungen für Super-Reiche vorgesehen. Die Reihe ließe sich auch in anderen Stadtteilen beliebig fortsetzen. Ob Luxuswohnungen im "Onyx" im Westend oder der neue „Henninger-Turm“ in Sachsenhausen; der schwarz-grüne Magistrat begeistert sich am Luxusbauen. Die Idee, auch auf dem Riedberg solche Luxuswohnen zu ermöglichen, konnte nur durch starken örtlichen Widerstand verhindert werden.

Einst waren wir in dieser Stadt stolz auf Stadtbauräte wie Ernst May, die gute und zukunftsweisende Wohnungen für breite Bevölkerungsgruppen geschaffen haben. Dieser Magistrat will wohl eher mit dem Schaffen von Luxuswohnungen für Super-Reiche in die Geschichte unserer Stadt eingehen.

**Es wird Zeit, dass Sozialdemokraten wieder im Römer mitregieren!**

**CETA und TTIP bieten zwar Chancen – aber nur ohne Absenkung von Schutzstandards und ohne private Schiedsgerichte!**



**Ein Pakt des internationalen Kapitals zu Lasten der nationalen Demokratien kann uns gestohlen bleiben!**

*von Oliver Strank*

Selten war etwas, das es noch gar nicht gibt und von dem kaum einer weiß, wie es aussehen wird, so umstritten! Die

Missachtung des Souveräns – der Bürger Europas – wird allerdings bereits darin erkennbar, dass die Verhandlungen von TTIP und CETA von Anfang an völlig intransparent waren.

Im Kern von CETA und TTIP werden Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ausgehebelt. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fallen aber nach dem Grundgesetz unter die Ewigkeitsgarantie und dürfen noch nicht einmal durch den demokratisch legitimierten deutschen Gesetzgeber abgeschafft werden!

Noch demokratiefeindlicher ist jedoch der im TTIP angelegte Schutz einer bereits getätigten Investition vor einer indirekten Enteignung durch künftige Gesetzgebung: Für den Fall, dass ein nationales Parlament z.B. einen gesetzlichen Mindestlohn beschließt, der geeignet ist, die Gewinnerwartung eines Investors zu schmälern, so müsste nach dem TTIP der betreffende Staat dem Investor den entgangenen Gewinn ersetzen. Gesetze zugunsten des Gemeinwohls können in Zukunft verdammt teuer für den Steuerzahler werden! Aus den gleichen Gründen ist auch das bereits geheim verhandelte CETA abzulehnen! CETA gilt als „Blaupause“ für das aktuell in Verhandlung befindliche TTIP-Abkommen.

Unabhängig davon müssen in jedem Fall der Deutsche Bundestag und alle anderen Parlamente der übrigen EU-Mitgliedsstaaten das TTIP-, das CETA- und alle ähnlichen Abkommen ratifizieren, bevor sie überhaupt in Kraft treten können. Denn entgegen der Auffassung der EU-Kommission handelt es sich bei diesen Übereinkommen keinesfalls um solche, die rein in den Kompetenzbereich der EU gehören. Vielmehr fallen Teile des Abkommens, insbesondere das Investorenschutzkapitel(!) in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten, weshalb es sich um sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handelt, das neben dem EU-Parlament auch von den einzelnen Mitgliedsstaaten abgesegnet werden muss.

Ja, wir wollen einen freien Handel, aber nicht einen freien Handel um jeden Preis. Grundlegende Werte dürfen unter keinen Umständen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

Ein gutes Handelsabkommen muss nachhaltiges Wirtschaften stärken und das Gemeinwohl aller Menschen fördern. Der transatlantische Handel darf nicht nur frei, sondern muss auch fair gestaltet werden.

### **Marode Gebäude, zu wenig Plätze**

**Schwarz-Grün hat die Schulen in Frankfurt vernachlässigt**



*von Hubert Schmitt*

Die Bevölkerung in Frankfurt wächst seit einigen Jahren sehr stark an. Für die Schulen in der Stadt heißt das: Es fehlen immer mehr Plätze. Hinzu kommt der seit vielen Jahren aufgelaufene Sanierungsstau an den Frankfurter Schulen.

Bildungsdezernentin Sarah Sorge (Grüne) und mit ihr die schwarz-grüne Koalition haben auf diese Entwicklung zunächst gar nicht und dann nur zögernd bzw. völlig unzureichend reagiert. Noch vor 3 Jahren haben weder die Bildungsdezernentin noch CDU und Grüne überhaupt einen Handlungsbedarf bei den Schulen gesehen. Und das trotz vieler maroder Schulen in Frankfurt, wo die Platten von den Decken fallen, wo die Luft in Klassenzimmern von Schadstoffen belastet ist.

Statt auf die Hilferufe der Schulen und Eltern zu reagieren, wurde der Sanierungsbedarf der maroden Bauten kleingeredet. Auf die Gelände der Schulen wurden einfach Container gestellt, die bald aus allen Nähten platzten und der Platz dort völlig ausgereizt war. Doch das hat die Eltern, Schüler und Lehrer schließlich auf die Barrikaden gegen Schwarz-Grün und die Bildungsdezernentin getrieben. Und auch der politische Druck, vor allem durch die SPD und durch OB Peter Feldmann, wurde so groß, dass Sarah Sorge und die Koalition nun Maßnahmen eingeleitet haben, um der Misere in der Frankfurter Schullandschaft abzuhelpfen. Es wurden 150 Mio. für die Schulsanierung bereitgestellt, fürs Gallus wurde zugesagt, dass eine neue Oberstufe eingerichtet wird, in Nied

geht noch in diesem Jahr ein neues komplettes Gymnasium an den Start.

Doch alle diese Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die durch so viele Jahre der Vernachlässigung aufgehäuften Probleme zu lösen. Die 150 Mio. für die Sanierung sind nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein angesichts eines tatsächlichen Sanierungsstaus von 950 Mio.€ Die neue Oberstufe im Gallus soll erst in 4-5 Jahren kommen. Das neue Gymnasium in Nied wird im ersten Jahr in Containern in Höchst untergebracht. Danach zieht es nach Nied, dann in dort neu aufgestellte andere Container, worin die Schule über viele Jahre untergebracht sein wird. Währenddessen soll ein richtiges Schulgebäude gebaut werden – Zeitziel unklar. Die Schüler lernen dann direkt neben einer Baustelle. Im Boden dort sind Altlasten, zu deren Entsorgung Frau Sorge bisher noch nichts gesagt hat.

In Frankfurt wird noch in vielen weiteren Schulen in Containern unterrichtet und das über viele Jahre, z.B. in der Elisabethenschule, der Ludwig-Weber-Schule oder der Henri-Dunant-Schule. Wie viel dabei die von der Dezernentin genannten Zeiträume wert sind, wie lange solche Phasen dauern, hat etwa die IGS-West in den letzten Jahren erfahren, die Inbetriebnahme des Neubaus hat sich gegenüber der ursprünglich angegebenen Zeit um Jahre verzögert. Und die Dezernentin spricht davon, dass diese Art und Weise, Schulen provisorisch in Containern unterzubringen, so weiter gehen soll.

Zwar müssen jetzt in der Tat schnelle Lösungen gefunden werden, doch das momentane Hoppla-Hopp-Verfahren führt neben den Einschränkungen für den Schulbetrieb, den die Provisorien unweigerlich mit sich bringen, auch immer wieder zu unvorhergesehenen Verzögerungen und Änderungen. Und was geschehen würde, wenn z.B. die Altlastensanierung in Nied deutlich teurer als erwartet werden würde, dazu gibt es bisher keinerlei Aussagen von Schwarz-Grün. Dass die Eltern, Schüler und Lehrer zu Frau Sorge und Schwarz-Grün inzwischen kein Vertrauen mehr haben, das hat sich z.B. kürzlich beim ersten Info-Tag für das

neue Nieder Gymnasium klar gezeigt. Die Mehrheit der Eltern war skeptisch.

Frankfurt braucht wieder eine Schulpolitik, die den Entwicklungen nicht nur hinterherhechelt, sondern verlässlich und vorausschauend handelt, die das für Bildung erforderliche Geld bereitstellt, die rechtzeitig dafür sorgt, dass es genügend Schulplätze für alle Kinder gibt, und zwar in richtigen Schulgebäuden - und die den Zustand der Gebäude regelmäßig überprüft und Schäden rechtzeitig behebt, ohne dass dafür Schulen ausgelagert und jahrelang in Containern neben einer Baustelle untergebracht werden. Für so eine Schulpolitik stehen in Frankfurt die SPD und OB Peter Feldmann.

### Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:  
Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

### ***Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 06./07. März 2015:***

#### **Vorsitzender:**

Mike Josef

#### **Stellv. Vorsitzender:**

Eugen Emmerling

#### **Schatzmeister:**

Roger Podstatny

#### **Beisitzerinnen und Beisitzer:**

Gregor Amann,  
Ursula Busch,  
Arne Knudt,  
Siegward Pawlik,  
Petra Rossbrey,  
Anneliese Scheurich,  
Hubert Schmitt,  
Oliver Strank,  
Michael Wanka

#### **Präsidium:**

Roger Podstatny,  
Petra Rossbrey,  
Arne Knudt

#### **Delegierte Bundesparteitag:**

Roger Podstatny,  
Oliver Strank

#### **Antragsprüfungskommission:**

Gregor Amann,  
Hans Busch,  
Ursula Busch,  
Eugen Emmerling,  
Susanne Kassold,  
Jan Klingelhöfer,  
Klaus Oesterling,  
Siegward Pawlik,  
Roger Podstatny,  
Birgit Puttendörfer,  
Petra Rossbrey,  
Anneliese Scheurich,  
Hubert Schmitt,  
Oliver Strank

#### **Delegierte Bezirks- und Landesparteitag:**

Ursula Busch,  
Eugen Emmerling,  
Susanne Kassold,  
Jan Klingelhöfer,  
Klaus Oesterling,  
Siegward Pawlik,  
Roger Podstatny,  
Anneliese Scheurich,  
Hubert Schmitt,  
Oliver Strank

#### **Bezirksbeirat:**

Ursula Busch,  
Roger Podstatny